

## **V-28 Für ein Europa, das schützt. Den Plänen von CDU/CSU und AfD zur Abschaffung des Menschenrechts auf Asyl in Europa entschieden entgegentreten.**

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 04.05.2024  
Tagesordnungspunkt: TOP 10 Verschiedenes

1 Als Landesverband Berlin von Bündnis 90/Die Grünen verurteilen wir die  
2 rechtspopulistische  
3 Forderung der CDU/CSU, alle Menschen, die in Europa Asyl beantragen, nach Ruanda  
4 oder  
5 anderswo abzuschieben: „Jeder, der in Europa Asyl beantragt, soll in einen  
6 sicheren  
7 Drittstaat außerhalb der EU gebracht werden und dort ein Verfahren durchlaufen“  
8 (Europawahlprogramm der CDU/CSU vom 11.03.2024, S. 7).

6 Die CDU/CSU übernimmt damit eine Forderung der AfD: „Falls Asylbewerber trotz des  
7 Grenzschutzes nach Deutschland gelangen, müssen ihre Asylverfahren in einem dazu  
8 bereiten  
9 Drittstaat durchgeführt werden, wo sie im Falle der tatsächlichen  
10 Schutzbedürftigkeit auch  
11 Aufnahme finden („Ruanda-Modell“)“ (Europawahlprogramm der AfD vom 06.08.2023, S.  
12 14).

10 Die Europawahlprogramme von CDU/CSU und AfD sind in asylpolitischer Hinsicht  
11 evident  
12 rechtswidrig. Das leitet sich bereits aus einer Intervention des Europäischen  
13 Gerichtshofs  
14 für Menschenrechte zum Schutz eines Asylsuchenden in Großbritannien vor  
15 unmittelbarer  
16 Abschiebung nach Ruanda ab (vgl. European Court of Human Rights, Pressemitteilung  
17 vom  
18 14.06.2022: *Interim measure in case concerning asylum-seeker's imminent removal*  
19 *from the UK*  
20 *to Rwanda*). Um entsprechende Interventionen des Europäischen Gerichtshofs für  
Menschenrechte  
künftig ignorieren zu können, prüft die rechtskonservative britische Regierung  
gegenwärtig  
einen Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Menschenrechtskonvention

(vgl. Steffen

Angenendt et al., *Die Externalisierung des europäischen Flüchtlingsschutzes. Eine rechtliche, praktische und politische Bewertung aktueller Vorschläge*, Berlin: Stiftung

Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell Nr. 12 vom 05.03.2024, S. 5).

21 Den britischen Sonderweg in der Menschenrechts- und Europapolitik dürfen und  
22 werden wir in  
23 Deutschland nicht gehen. Als Bündnisgrüne kämpfen wir für eine Europäische Union,  
24 die den  
25 Zugang zum Menschenrecht auf Asyl garantiert. Der Asylantrag von Menschen, die in  
26 der EU  
ankommen oder bereits hier sind, muss in Europa inhaltlich geprüft werden. Die  
rechtspopulistischen Forderungen von CDU/CSU und AfD zur faktischen Abschaffung  
des  
Menschenrechts auf Asyl in Europa lehnen wir ab.